

Uns geht's um Waltrop!



Waltrop

Wahlprogramm

für

2020 - 2025

Inhalt

1. Einführung.....Seite 3
2. Sozialpolitik.....Seite 4
3. Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik.....Seite 5
4. Klimaschutz, Umwelt- und Tierschutz.....Seite 6
5. Wohnungspolitik.....Seite 9
6. Verkehrspolitik.....Seite 10
7. Bildungspolitik.....Seite 13
8. Sportpolitik.....Seite 16
9. Kinder- und Jugendpolitik.....Seite 18
10. Wirtschafts- und Finanzpolitik.....Seite 20

1. Einführung

Liebe Waltroper und Waltroperinnen.

Es stehen wichtige Zeiten für unsere Stadt, für die Politik und für alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt der Schiffshebewerke an.

Auch bevor die Corona Pandemie die Stadt Waltrop erreicht hat, lagen viele Dinge in der Stadt brach. Um diese Probleme anzugehen, stand immer wieder die entscheidende Frage im Raum: Wo soll das Geld nur herkommen, um all die Probleme der Stadt Waltrop, die sie neben den schönen Teilen eindeutig hat, zu beheben?

Aufgabe Waltroper Politik muss es eindeutig sein, Druck auf die Bezirksregierung, Landesregierung, aber auch auf die Bundespolitik zu machen um klar aufzuzeigen, dass die Kommunen, besonders im Ruhrgebiet, große Probleme haben, die Aufgaben, die sie von oben auf diktiert bekommen, zu erfüllen. Für uns gilt hier die Devise: „Wer bestellt, bezahlt auch die Rechnung!“

Waltrop hat viele Dinge, wo angepackt werden muss. Der Ausbau von Kindertagesstätten muss vorangetrieben werden, so dass jede Familie, die einen Platz braucht, auch bekommt. Tagespflege muss ausgebaut werden zu Konditionen, die den stetig wachsenden Aufgaben gerecht werden.

Wir müssen den ÖPNV ausbauen, denn durch die Versäumnisse an der Leveringhäuserstraße und auch an der Hebewerksbrücke brauchen wir verlässliche und schnelle Anbindungen an die Nachbarstädte.

Wir müssen den öffentlichen Sport ausbauen. Die Finanzierung des Freibades muss wieder komplett durch die öffentliche Hand geschehen und auch wirtschaftlich schwachen Menschen, muss der Zugang zum Vereinssport ermöglicht werden.

*Sie sehen, es gibt viel zu tun in Waltrop. Uns ist dabei stets wichtig zu sagen, dass es dabei nicht um uns geht. Es geht um Waltrop. Uns geht's um Waltrop. Wir wollen es **allen** Menschen in Waltrop ermöglichen, am Leben in Gesellschaft, Freizeit, Kultur, Bildung und Wirtschaft teilnehmen zu können.*

Dafür benötigen wir Ihre Hilfe, damit wir ab dem 13. September 2020 da weitermachen können, wo wir in der letzten Legislaturperiode aufgehört haben.

Deshalb am 13. September 2020 DIE LINKE WALTROP wählen.

Mit solidarischen Grüßen

Ihr Vorstand des Stadtverbandes DIE LINKE WALTROP.

<i>Fritz P. Dee</i>	<i>Michael Kamps</i>	<i>Dirk Knüvener</i>	<i>Ernst Belter</i>
<i>1. Vorsitzender</i>	<i>2. Vorsitzender</i>	<i>Beisitzer</i>	<i>Beisitzer</i>

2. Sozialpolitik

Auch in Waltrop merken wir, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse durch tiefe soziale Spaltungen gekennzeichnet sind. Die Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung nimmt zu. Armut ist auch in Waltrop ein Thema, welches es anzugehen gilt. Die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen sind von Arbeitsplatzabbau und Strukturwandel, vom Verfall öffentlicher Infrastruktur und nicht zuletzt von wachsender Armut besonders betroffen.

Eine Gesellschaft, in der sich eine Minderheit zu Lasten der Mehrheit bereichert, ist ungerecht. Wachsende Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit sind unvereinbar. DIE LINKE WALTROP rückt deshalb konsequent die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt, die keine finanzkräftige Lobby haben.

Das soziale Miteinander, das wir wollen, ist:

- Gerecht
- Sozial
- Solidarisch
- geprägt von Teilhabe
- sozialökologisch

Für mehr soziale Gerechtigkeit und Teilhabe aller zu sorgen, ist eine zentrale Aufgabe für DIE LINKE, auch und besonders in der Kommune.

Worauf wir dabei setzen:

- Quartiersentwicklung
- gute Schulen und Kitas
- Mitbestimmung

Was wir dafür brauchen:

- mehr Spielräume für Kommunen
- soziale Sicherheit
- auskömmliche öffentliche Daseinsvorsorge

Was das bringt?

- gerechte Löhne
- bezahlbaren Wohnraum
- Emanzipation aller Menschen
- Was muss dafür getan werden?
- die soziale Infrastruktur ausweiten

Um soziale Ungleichheit wirksam zu bekämpfen, braucht Waltrop mehr soziale Sicherheit, mehr öffentliche Daseinsvorsorge, bezahlbaren Wohnraum, Quartiersentwicklung und gute Kitas und Schulen.

3. Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

Waltrop steht in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik vor großen Herausforderungen. Wirtschaftsorientierte Politik und wirtschaftlicher Strukturwandel haben ihre Spuren hinterlassen. Kommunale Selbstverwaltung und eine Politik im Interesse der Bürger*innen werden dadurch massiv in Frage gestellt.

Die Beschäftigungsverhältnisse, die wir wollen, sind:

- Unbefristet
- gerecht und armutssicher
- sozialversichert
- tarifgebunden
- familiengerecht

Denn der Arbeitsmarkt darf nicht länger vom kapitalistischen Prinzip bestimmt werden, sondern muss sich an den Bedürfnissen der Arbeitnehmer*innen orientieren.

Worauf wir dabei setzen?

- staatliche Investitionen in den Bereichen Soziales, Bildung und Verkehr
- mehr Beschäftigung im Öffentlichen Dienst
- gute Beschäftigung durch öffentliche Förderung

Was wir dafür brauchen ist:

- ein entschiedener Kurswechsel in der kommunalen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik.

Was das bringt?

- mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse
- mehr Fachkompetenz in den Verwaltungen
- weniger Erwerbslose

Was muss dafür getan werden?

- Aufbau statt des Abbaus von Stellen im Öffentlichen Dienst
- sofortige Abschaffung der sachgrundlosen Befristungen
- In den Kommunen müssen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse für Langzeiterwerbslose geschaffen werden.

4. Klimaschutz, Umwelt- und Tierschutz

DIE LINKE WALTROP tritt angesichts der globalen Klimakatastrophe dafür ein, dass alles getan wird, um die bereits jetzt unausweichlichen Folgen für die Menschen in Städten und Gemeinden, mit allen auf kommunaler Ebene möglichen Mitteln zu mildern und einer weiteren Verschlechterung der Lage durch entschlossenen Klimaschutz entgegenzuwirken.

Die Klima- und Umweltpolitik, die wir wollen, ist:

- Sozialökologisch
- Antikapitalistisch
- am Pariser Abkommen und dem 1,5-Grad-Ziel orientiert

Denn Klima- und Umweltschutz in Waltrop bedeutet für DIE LINKE WALTROP, alles zu tun, um Vorsorge für die Folgen des Klimawandels zu treffen und alles zu tun, um die CO₂-Neutralität der Kommunen bis zum Jahr 2035, spätestens aber zum Jahr 2040 zu erreichen.

Worauf wir dabei setzen?

- unseren „Aktionsplan 2035“

Was wir dafür brauchen?

- kommunale Kreislaufwirtschaft
- Ressourcensparsamkeit
- Recyclingkonzepte
- dezentrale Energieversorgung

Was das bringt?

- Klimaneutralität
- Klimaschutz
- Klimagerechtigkeit

Was muss dafür getan werden?

- Rekommunalisierung der für die Daseinsvorsorge wichtigen Konzerne
- Ein planbarer, für die Bürger*innen jederzeit transparenter Prozess muss auf kommunaler Ebene angestoßen werden.

Die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Schaffung sozialer Gerechtigkeit für alle Waltroperinnen und Waltroper müssen die obersten Prinzipien linker Kommunalpolitik sein – auch und gerade in der Klimapolitik. Das wollen wir mit unserem „Aktionsplan 2035“ erreichen.

Klimaschutz und LINKE Kommunalpolitik – unser „Aktionsplan 2035“

Klimaschutzpolitik ist ohne die aktive Beteiligung Aller nicht möglich. Davon sind nahezu alle kommunalen Politikfelder betroffen. Von der Energieversorgung, über die Wirtschaftsförderung, den öffentlichen Personennahverkehr, das Grün- und Waldflächenmanagement, die Wohnraumsanierung bis hin zu städtebaulichen Konzepten und der Einflussnahme auf die regionale Wirtschaftsstruktur. Um auf all diesen Politikfeldern zu agieren, braucht es eine übergreifende Zielsetzung.

Für DIE LINKE WALTROP bedeutet das, dass alle genannten Politikfelder den Zwecken der Kapitalmehrung und des kurzfristigen Gewinnstrebens so weit wie möglich entzogen werden müssen. Für die Energieversorgung bedeutet das z. B., dass nur eine Rekommunalisierung den nötigen Umbau auf nichtfossile Energieträger bis 2035 erzielen kann. Dabei ist ein möglichst hoher Anteil vor Ort erzeugter regenerativer Energien anzustreben

Wir wollen alle Aspekte eines sozialökologischen Umbaus verbinden, hin zu Gemeinwohlorientierung, kooperativem Wirtschaften und ökologischer Nachhaltigkeit. Dazu sollen Waltrop für sich einen auf die konkreten Gegebenheiten zugeschnittenen „Aktionsplan 2035“ als Kernstück der zukünftigen Kommunalpolitik entwickeln. Dieser Plan muss nach den Geboten der Nützlichkeit für das Gemeinwohl, der Ressourcensparsamkeit, der Wiederverwertung und des Klimaschutzes konkrete Maßnahmen mit der Perspektive auf ein Klimaneutralitätsziel 2035 festlegen.

Unser „Aktionsplan 2035“:

- erstellt eine Klimabilanz der Kommune und eine Potentialanalyse für die Reduktion der Klimabelastung, die in regelmäßigen Abständen fortgeschrieben wird,
- enthält alle kommunalpolitischen Handlungsfelder und definiert konkrete Teilziele für jedes Handlungsfeld,
- trägt sozialpolitischen Auswirkungen jeder vorgeschlagenen Maßnahme Rechnung und schlägt einen gerechten Ausgleich vor,
- wird unter intensiver Beteiligung der Einwohner*innen und umweltpolitischen Initiativen, Vereine und Verbände entwickelt,
- enthält eine regelmäßige öffentliche Berichterstattung über bereits erfolgte Maßnahmen und den Stand der Zielerreichung,
- entsteht in Kooperation mit anderen Kommunen, um Erfahrungen zu teilen, voneinander zu lernen und ggf. Synergien zu nutzen.

Was die Ziele unseres „Aktionsplans 2035“ sind:

- ein planbarer, jederzeit für die Einwohner*innen transparenter Prozess
- ein Paradigmenwechsel weg von einer ausbeutenden, die Regionen auszehrenden kapitalistischen Globalisierung hin zu einer partizipatorischen, kooperativen und solidarischen Regionalwirtschaft
- Artenvielfalt in unserer Kommune
- CO₂-Neutralität durch den Ausbau regenerativer Energien

Tierschutzpolitik

Seitdem 2013 durch die Novellierung des Tierschutzgesetzes der Tierschutz zum Staatsziel erklärt wurde, hat sich für die Tierwelt nicht wirklich viel verbessert. Die Tierwelt insgesamt – insbesondere die sogenannten Nutztiere – werden durch das bestehende Tierschutzgesetz völlig entrechtet und dem Kapital unterworfen und geopfert. Haustiere genießen nur insoweit Rechte, wie sie eine*n fürsorgliche*n Besitzer*in haben.

DIE LINKE WALTROP kann das bestehende Tierschutzgesetz nicht ändern, aber wir können mit geeigneten Maßnahmen auf kommunaler Ebene gegensteuern. Der Schutzauftrag des Staates beschränkt sich nicht nur auf den Menschen. Wir wollen natürliche Lebensgrundlagen erhalten und Landschaften renaturieren. Wir wollen Schinderei und quälerische Haltungsweisen beenden und wissen doch, dass keine Gefangenschaft jemals zu 100 Prozent artgerecht sein kann. Wir wollen, dass der respektvolle Umgang mit Tieren erlernt und praktiziert wird. Statt weiter zunehmender Konzentration von Nahrungsmittelproduktion müssen regionale Kreisläufe für agrarwirtschaftliche Güter gefördert werden.

Wir sprechen Tieren das Recht auf eine natürliche, artgerechte Existenz zu, unabhängig von ihrem Nutzwert.

Im Einzelnen heißt Tierschutz für LINKE Kommunalpolitik:

- keine Genehmigung von Zirkusgastspielen mit Tieren inkl. Ponykarussells auf Volksfesten
- Stärkung von Tierschutzorganisationen und Wildtiertrauffangstationen in der Kommune
- Ausbau der Kontrollen durch die Veterinärmedizin
- Schaffung der Stelle eines/einer kommunalen Tierschutzbeauftragten
- soziale Staffelung der Hundesteuer und keine willkürliche Steuer nach Hunderasse
- Förderung und Erstellung von Wildtierkorridoren und -passagen
- Schutz, Ausweitung und Vernetzung von Naturschutzgebieten fördern,
- Privatisierungen stoppen
- konkrete Konzepte zur Erhaltung der Artenvielfalt entwickeln
- Reptilienbörsen verbieten
- Bau von öffentlichen Bienenhotels, über das Stadtgebiet verteilt
- Förderung von Nisthilfen
- Einsatz von Drohnen mit ultravioletten Kameras, um Rehkitze bei Mäharbeiten aufzuspüren
- In den Waltroper Schulkantinen soll kein Fleisch aus Massentierhaltung angeboten werden. Ebenfalls sollte es mindestens ein auf pflanzliche Kost basiertes Gericht geben.
- Registrierungspflicht und Kastrationsverordnung für freilaufende Katzen (Paderborner Modell)

5. Wohnungspolitik

Wohnen ist Menschenrecht. Das sagen nicht nur wir, das ist sowohl in Artikel 25 der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ als auch in Artikel 11 des UN-Sozialpakts verankert. Dieser Pakt ist keine unverbindliche Absichtserklärung: Er garantiert allen Menschen Rechte, die kein Staat gefährden darf bzw. für deren Einhaltung ein Staat zuständig ist.

Eine naheliegende Handhabe besteht schon in Artikel 29, Abs. 2 (Siedlungswesen) der NRW-Verfassung als Landesverpflichtung, „neue Wohn- und Wirtschaftsheimstätten zu schaffen“.

Die Wohnungspolitik, die wir wollen, ist:

- Gemeinwohlorientiert
- Bedarfsdeckend
- sozialgerecht

Denn das Recht auf Wohnen bedeutet mehr als ein Dach über dem Kopf.

Worauf wir dabei setzen?

- Warmmietenneutralität
- Modernisierungen
- Wohnungsgemeinnützigkeit
- sozialgerechte Bodennutzung

Was wir dafür brauchen sind Stadtentwicklungskonzepte, die

- die öffentliche, gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft wiederbeleben,
- die Wohnraumversorgung nicht dem Markt überlassen,
- das Grundrecht auf Wohnen laut Sozialpakt einhalten,
- gesundheitsfördernd, ökologisch nachhaltig und barrierefrei sind.

Was das bringt?

- eine gesunde Wohnumwelt
- soziale Nachbarschaften und Stadtteile
- Zugang zu öffentlichen Einrichtungen
- Teilhabe an der Stadt

Was muss dafür getan werden?

- Die großen Immobilienkonzerne wie VONOVIA, Deutsche Wohnen, TAG Immobilien, Vivawest und LEG müssen in öffentliches Eigentum überführt werden.
- der Bestand an öffentlichem und gemeinwohlorientiertem Boden muss massiv erhöht werden.
- Stärkung der SEG, Stadtentwicklungsgesellschaft Waltrop mbH
- Schaffung von kommunalen Wohnungsunternehmen
- Die Rechte von Mieter*innen müssen gestärkt werden.

6. Verkehrspolitik

Auch in Waltrop hat der Verkehrssektor bislang nicht zum Klimaschutz beigetragen, im Gegenteil: Die CO₂-Emissionen steigen. Der Bund setzt nicht erst seit dem Bundesverkehrswegeplan 2030 auf ungehemmtes Wachstum im umwelt- und gesundheitsschädlichen Autoverkehr und vernachlässigt gleichzeitig den öffentlichen Personenverkehr sowie den Rad- und Fußverkehr. Statt Wachstum beim motorisierten Individualverkehr brauchen wir eine sozialökologische Mobilitätswende, die alle Menschen mitnimmt und unser Klima schützt.

Die Mobilität, die wir wollen, ist:

- Flexibel
- Ökologisch
- Barrierefrei

Mobilität bedeutet Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Zugang zu Gütern für alle!

Worauf wir dabei setzen?

- Verkehrsvermeidung
- kurze Wege
- energiesparende Verkehrsmittel

Was wir dafür brauchen sind Mobilitätskonzepte, die intelligent sind, ökologisch sind, sozial gerecht sind.

Was das bringt?

- weniger Lärm
- weniger Abgasbelastungen
- weniger Flächenverbrauch durch den motorisierten Individualverkehr

Denn ohne die erzwungene Automobilität werden unsere Städte lebenswerter für alle!

Was muss dafür getan werden?

- Die Verkehrsinvestitionen müssen zielorientiert an einer sozialökologischen Mobilitätswende ausgerichtet werden.

Verkehrsplanung muss dazu vom Kopf auf die Füße gestellt werden und künftig ausgehend von den schwächsten zu dem stärksten VerkehrsteilnehmerInnen geplant werden:

- Fußgänger*innen
- Radfahrende
- Öffentlicher Personennahverkehr
- Motorisierter Individualverkehr

Der Bund stellt den Kommunen dafür einen Verkehrswendefonds zur Verfügung.

Wir müssen sicherstellen, dass wir in Waltrop die besten sozialökologischen Lösungen finden, damit alle Menschen saubere Luft zum Atmen und eine ruhige Umgebung zum Leben haben.

Fußgänger*innen

Fußgänger*innen werden bei der Verkehrsplanung am häufigsten vergessen. In einer Stadt der kurzen Wege, wie wir sie fordern, werden jedoch viele Wege zu Fuß zurückgelegt werden.

Um Fußgänger*innen einen höheren Stellenwert einzuräumen wollen wir:

- Innenstädte konsequent autofrei gestalten,
- Gehwegbreiten von mindestens 2,50 Meter an allen Straßen durchsetzen,
- straßenbegleitendes Parken von Kfz minimieren, um einerseits diesen Raum für andere Verkehrsteilnehmer*innen zu nutzen und andererseits die Sichtbarkeit von Fußgänger*innen im Straßenraum zu verbessern und deren Sicherheit zu erhöhen.

Radverkehr

Das Fahrrad ist im Rahmen einer sozialökologischen Mobilitätswende eine zentrale Säule. Das Radfahren ist eine eigenständige Mobilitätsform und wichtiges Bindeglied zu den anderen Verkehrsmitteln, insbesondere zum öffentlichen Personennahverkehr. Dazu müssen wir Rahmenbedingungen schaffen, die das Radfahren attraktiver und sicherer machen. Nur so kommen mehr Menschen aus dem Auto aufs Rad. Radfahren ist gesund für die Radfahrenden, emissionsarm und erzeugt kaum Lärm bei geringerem Platzbedarf an öffentlichem Raum.

Was wir tun wollen, um den Radverkehr zu stärken:

- Das Fahrrad ist laut Straßenverkehrsordnung gleichberechtigt. Wir setzen uns für mehr Fahrradstraßen ein
- Unser Ziel ist es, Fahrradrouten für den Alltag zu schaffen, damit so viele Wege wie möglich zwischen einem und etwa 20 Kilometern Länge problemlos per Rad erledigt werden können.
- Wir setzen uns für eindeutig gekennzeichnete und von allen Verkehrsteilnehmer*innen bei allen Sichtverhältnissen eindeutig erkennbare, sichere und gut befahrbare sowie vernetzte Radwege ein.
- Radwege müssen sauber sowie verkehrssicher gehalten und beleuchtet werden. Im Winter fordern wir einen täglichen Räumdienst.
- Eine bauliche Abgrenzung vom restlichen Straßenverkehr ist an größeren Straßen nötig.
- Der Fahrradverkehr benötigt eigene Ampeln und eigene Ampelphasen, als Beispiel gilt die „Oberhausener Radwelle“. So genannte „Fußtritte“ erleichtern das sichere Stehen mit dem Rad an Haltepunkten wie roten Ampeln oder Stoppschildern und verbessern den Verkehrsfluss. Wir fordern mehr Radstationen an den Bahnhaltstellen und mehr Orte (auch am Stadtrand), an denen Räder sowie Leihräder kostenfrei abgestellt werden können.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Waltrop liegt am Rande des Ruhgebietes. Aus diesem Grunde müssen viele Waltroper und Waltroperinnen tagtäglich ins Auto steigen um zur Arbeit, zur Schule, zur Ausbildung oder zum Studium zu kommen. Dies verursacht Tag für Tag an Leveringhäuser-, Dortmunder- oder Recklinghäuserstraße ein massives Verkehrsaufkommen. Aufgabe ist es hier der Politik, einzugreifen, damit es Anwohnern, aber auch Pendlern und vor allem der Umwelt ein Stück weit besser geht.

Eine Lösung hierbei sieht DIE LINKE WALTROP im Ausbau des Öffentlichen Personen Nahverkehr (ÖPNV). Unser Ziel ist es, in den kommenden fünf Jahren alles dafür zu tun, dass die Anbindung an den ÖPNV besser wird. Dabei gibt es aus der Sicht der Partei DIE LINKE wichtige Schwerpunkte, die es anzugehen geht.

- Aufbau einer Busverbindung nach Ickern/ Castrop-Rauxel
- Erweiterung einer Busverbindung nach Lünen
- Höhere Taktung der Busverbindung nach Recklinghausen
- Höhere Taktung der Busverbindung nach Dortmund/ Dortmund Mengede
- Ausbau der frühesten und spätesten Fahrtzeiten, auch unter der Woche

Wir sind der Meinung, dass Menschen nur auf den ÖPNV umsteigen, wenn dieser auch attraktiver ist als die individuelle Mobilität mit dem Auto. Es kann nicht sein, dass es billiger ist mit dem Auto nach Recklinghausen zu fahren als mit dem Bus. Hier muss angesetzt werden. Dadurch sieht die Partei DIE LINKE WALTROP folgende Punkte verbessert.

- Weniger Verkehrsaufkommen an Leveringhäuser-, Dortmunder- oder Recklinghäuserstraße
- weniger Lärm, Verbesserung der Lebensqualität der Anwohner
- weniger Abgasbelastungen, Verbesserung der Ökobilanz in Waltrop
- weniger Flächenverbrauch durch den motorisierten Individualverkehr

7. Bildungspolitik

Bildung ist nicht mit Bildungsabschlüssen zu verwechseln, ist nicht Ausbildung, nicht Qualifikation und auch kein Kanon eines legitimierten hochkulturellen Wissens, aber auch kein Quizwissen. Bildung zielt auf individuelle und kollektive Mündigkeit, Emanzipation und Aufklärung, ist an Humanität, Reflexivität, Kritik und Selbstbestimmung gebunden. Kritisch ist Bildung, weil sie sich für vernünftige und menschenwürdige gesellschaftliche Verhältnisse einsetzt und nach den Möglichkeiten einer besseren politischen und gesellschaftlichen Praxis fragt.

Denn insbesondere in einem wohlhabenden Land wie Deutschland ist es ein Skandal, wie wenig in Bildung investiert wird und in welchem Ausmaß gute Bildung nach wie vor vom Geldbeutel der Eltern abhängt.

Worauf wir dabei setzen?

- interkommunale Zusammenarbeit in der Schulentwicklungsplanung für ein breitgefächertes schulisches Angebot

Was wir dafür brauchen ist ein Bildungssystem, das

- Schüler*innen demokratisch partizipieren lässt,
- in Personal, Schulbau und Materialien investiert,
- die Verschiedenheit sowohl der Schüler*innen als auch des Schulumfeldes berücksichtigt,
- auf Fort- und Weiterbildung des pädagogischen Fachpersonals setzt.

Was das bringt?

- eine qualitativ hochwertige Bildung aller Kinder und Jugendlichen
- gesellschaftliche Teilhabe
- Bekämpfung sozialer Ungleichheit

Was muss dafür getan werden?

- Bestehende Schulgebäude müssen orientiert an den Erkenntnissen fortschrittlicher Pädagogik umgestaltet werden.
- Kommunen müssen einen Materialfonds für Schüler*innen aus finanzschwachem Umfeld auflegen.

Für Grundschulen muss ein hundertprozentiges Ganztagsplatzangebot konzipiert werden.

Als DIE LINKE erachten wir eine gebührenfreie und qualitativ hochwertige Bildung aller Kinder und Jugendlichen als eine Selbstverständlichkeit. Wir sind der Meinung, eine umfassende Bildung fördert nicht nur die persönliche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen, sondern bildet zugleich die Basis für die gesellschaftliche Teilhabe und ist Teil des Kampfes gegen soziale Ungleichheit. Um eine gerechte Bildung zu garantieren, sind Investitionen in den Bereichen Schulbau, Personal sowie Materialien

dringend notwendig. Auf kommunaler Ebene erschließen sich daher einige Handlungsschritte.

Schulbau und Sanierung bedarfsgerecht gestalten

Wie sollten gute Schulgebäude aussehen? Kinder brauchen Sonne, Luft und Freiraum für Bewegung, Kommunikation und Gestaltung in der gesamten Schule. Sie brauchen multifunktionale Räume ausgestattet mit vielfältigen Materialien, so dass das Lernen an ihren Bedürfnissen ausgerichtet werden kann. Es muss Räume geben für kleinere und größere Lerngruppen, für Recherche, Forschung und Übung in Einzelarbeit, für die Arbeit an Projekten und Werkstücken sowie für Präsentationen auf einer Bühne für die ganze Schulgemeinschaft. Dazu kommen moderne und gut ausgestattete Sporthallen und zusätzliche Räume im Rahmen der Inklusion. Auch für die interkulturelle Öffnung sind weitere Begegnungs- und Beratungsräume nötig.

Was tun?

- Aktualisierung der Schulentwicklungspläne durch die Schulämter, damit diese steigenden Geburtenzahlen, Migration und modernen pädagogischen Konzepten gerecht werden
- stärkere Zusammenarbeit zwischen den Nachbarkommunen bei der Schulentwicklungsplanung und insbesondere eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung benachbarter kreisangehöriger Kommunen
- Naturräume als Lernorte in die Planungen von Schulneu- und -umbauten einbeziehen
- digitale Infrastruktur auf den modernsten Stand ausbauen

Grundschule

Die Größe der Klassen dürfen Kommunen nach der Schulgesetzänderung selbst regeln. Leider hat das in Waltrop das Ergebnis, dass Klassen übertoll sind. Wir werden auf die Verteilung der Klassenzahlen achten und kleine Klassen insbesondere in Grundschulen mit vielen sozial und/oder bildungsbenachteiligten Kindern einrichten.

Der für 2025 angekündigte Rechtsanspruch auf einen Platz an einer Ganztagsgrundschule birgt für die Kommunen die Herausforderung, die Kapazitäten zügig auszubauen. Zwar sind 90 % der Grundschulen in NRW offene Ganztagsgrundschulen, aber weniger als die Hälfte der Grundschüler*innen hat einen Ganztagsplatz. Damit jedes Kind zukünftig einen Ganztagsplatz bekommt und Wartelisten der Vergangenheit angehören, sind große Anstrengungen beim ohnehin problematischen Schulbau nötig: Es braucht vielerorts Investitionen in Räume für Mittagsverpflegung und erweiterte Räume für Ganztagsangebote. Das Bundesinvestitionsprogramm wird dafür nicht ausreichen.

DIE LINKE fordert auf kommunaler Ebene:

- sofortige Ausbauplanung für eine 100%-Versorgung im Grundschulganztags
- Ausbau der Ganztagsplätze besonders in benachteiligten Sozialräumen
- Suche nach neuen geeigneten Ausbaukonzepten bei Platzmangel

Die strukturelle Unterfinanzierung des offenen Ganztags im Primarbereich führt zu einer oft minderen Qualität der Angebote für die Schülerinnen und Schüler, zu Elternbeiträgen und zu prekären Arbeitsbedingungen für die Ganztagskräfte. Das ist bei offenen Ganztagsmodellen schwerlich zu verhindern, sodass DIE LINKE sich auf Landesebene für die flächendeckende Einführung gebührenfreier, gebundener Ganztagsangebote einsetzt.

Solange diese nicht realisiert sind, fordert DIE LINKE

- die vollständige Finanzierung der Ganztagsgarantie nach dem Konnexitätsprinzip
- die auskömmliche Finanzierung des offenen Ganztags vom Land, auch für die Qualitätsverbesserung

Sekundarstufe I

Elternbefragung – kommunale Schulentwicklungsplanung

Immer wieder werden Eltern auf der Suche nach einem Gesamtschulplatz oder nach Ganztagschulen abgewiesen. Daher setzen sich LINKE für Elternbefragungen ein, Damit könnte auch endlich das Recht auf einen Gesamtschul-/Sekundarschul-/Ganztagsplatz umgesetzt werden.

Sekundarstufe II

DIE LINKE WALTROP setzt sich für Oberstufenzentren in der gymnasialen Oberstufe ein, die mehrere Oberstufen vor Ort zusammenfasst. Langfristig könnten diese Oberstufenzentren auch mit den Berufskollegs zusammenarbeiten, um weitere Qualitätssteigerungen und ein größeres Angebot zu erreichen.

Inklusion im Bildungsbereich

Inklusion muss von den Beteiligten aus gedacht, nicht nach Ressorts verwaltet werden.

Deshalb wird die LINKE WALTROP eine integrierte Förderplanung einfordern, die die Unterstützung für die Betroffenen aus den verschiedenen Bereichen sicherstellt und die Organisation der verschiedenen Fördermaßnahmen nicht den Eltern aufbürdet.

8. Sportpolitik

Sportliche Betätigung leistet einen wichtigen Beitrag zu Gesundheit, Gemeinschaft und kultureller Teilhabe. Die Sportvereine sind in den meisten Kommunen Nordrhein-Westfalens die Vereine mit den höchsten Mitgliederzahlen. Viele betätigen sich auch ohne Verein regelmäßig sportlich. Diese Zahlen machen deutlich, welchen Stellenwert der Sport in der Bevölkerung hat. Zudem sind die Förderung von Toleranz und Akzeptanz statt Rassismus und Ausgrenzung sowie Gewaltprävention für viele Sportvereine wichtige Ziele.

Die Teilhabe an Sport, die wir wollen, ist:

- Inklusiv
- Barrierefrei
- demokratisch

Worauf wir dabei setzen?

- kommunale Hilfestellungen
- transparente, kommunale Sportentwicklungs- und Investitionspläne
- bezahlbare Nutzungsentgelte für alle

Was wir dafür brauchen ist eine Kultur- und Sportpolitik, die:

- neben dem Leistungssport auch den Breitensport und besonders die sportliche Betätigung von Menschen mit Beeinträchtigungen fördert,
- die sportliche Betätigung aller Geschlechter fördert und niemanden ausgrenzt,
- Konzepte für Menschen jeden Alters fördert,
- Schwimmen als Überlebenstechnik anerkennt.

Was das bringt?

- Förderung der Persönlichkeitsentwicklung
- Stärkung des Gemeinschaftssinns
- Prävention
- Erhalt der Gesundheit
- Was muss dafür getan werden?

Das Ehrenamt muss gestärkt und als gesellschaftlicher Beitrag anerkannt werden. Förderrichtlinien für die Sportvereine müssen gemeinsam mit den Vereinen bzw. Sportbünden erarbeitet werden. Kommunale Sport- sowie Schwimmstätten müssen erhalten, modernisiert und bei Bedarf aus- oder neu gebaut werden. Kommunen fördern und finanzieren gemeinnützige Gesundheitszentren, die allen zur Verfügung stehen.

DIE LINKE WALTROP tritt ein für

- kostenlosen Eintritt für Schwimmbäder und deutlich ermäßigte Sozialtarife für alle Menschen, die staatliche Transferleistungen erhalten,
- Nutzungsentgelte für städtische Sportanlagen für den Vereinsbreitensport abzuschaffen,

- den Erhalt und Ausbau wohnortnaher Sportstätten, die für alle barrierefrei zugänglich sind,
- die Förderung der Teilnahme aller an sportlicher Betätigung; Sport kann und muss einen Beitrag zur Inklusion leisten,
- die besondere Förderung der Teilnahme von Mädchen und Frauen am Sport,
- transparente, kommunale Sportentwicklungs- und Investitionspläne sowie Förderrichtlinien für die Sportvereine, die gemeinsam mit den Vereinen bzw. Sportbünden erarbeitet werden,
- kommunale Hilfestellung und Beratung für Sportvereine bei der Erarbeitung von Förderanträgen für Investitionen und Projekte an Land und Bund,
- die öffentliche Anerkennung des sportlichen Ehrenamtes und seine Förderung als sozial wichtige Arbeit im Rahmen öffentlicher Beschäftigungsmaßnahmen; die steuerliche Absetzbarkeit ehrenamtlichen Aufwandes (u. a. der Kilometerpauschale),
- die Förderung der Einrichtung und des Erhalts von Anlagen und Flächen für Trendsportarten wie Skaten oder Parcours,

9. Kinder- und Jugendpolitik

In kaum einem anderen hochindustrialisierten Land hängen die Chancen auf ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben so eng mit den finanziellen Verhältnissen im Elternhaus zusammen. Deswegen ist eine gute soziale Infrastruktur eine wesentliche Voraussetzung, um Chancengleichheit zu ermöglichen und allen Kindern und Jugendlichen Perspektiven zu eröffnen. Aber daran mangelt es.

Die Kinder- und Jugendpolitik, die wir brauchen, ist:

- am Kindeswohl orientiert
- dem Kampf gegen Kinderarmut verpflichtet
- eine Politik für die gesamte Familie

Worauf wir dabei setzen?

- Abschaffung der Geschwisterbeiträge in Kitas
- Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen
- Ausbau von Bildungs- und Freizeitangeboten
- gleichberechtigte Zugänge zu Bildungs- und Freizeitangeboten
- Freiräume für Jugendliche, ohne „die Erwachsenen“

Was wir dafür brauchen sind Konzepte, die

- den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für Familien garantieren,
- Familien mit geringem oder keinem Einkommen unterstützen,
- Kindern und Jugendlichen Zukunftsperspektiven bieten,
- eine gute Lebensgrundlage für Familien an ihrem Wohnort schaffen.

Was das bringt?

- bessere Chancen, Teilhabe und Gesundheit für alle Kinder und Jugendliche
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie für beide Elternteile sowie Alleinerziehende

Was muss dafür getan werden?

- Es müssen ausreichend öffentlich geförderte, insbesondere kommunale Kitaplätze geschaffen werden.
- Tagespflege-Personen müssen besser qualifiziert und bezahlt werden.
- Ein Sozialpass, der kostenlosen Zugang zu kommunalen Einrichtungen wie Schwimmbädern, Bibliotheken, Theatern etc. ermöglicht, muss eingeführt werden.
- Mehr beitragsfreie Mitmachangebote in Kultur, Bildung, Sport und Freizeit müssen aufgelegt werden.
- Beratungsangebote müssen erhalten bleiben.

LINKE Kitapolitik bedeutet: „Gute, gebührenfreie Kitas für alle“

In den Kommunen entscheiden die Jugendhilfeausschüsse und Gemeinderäte über die kurz-, mittel- und langfristige Ausbauplanung der Kindertagesbetreuung, über neue Kitas, neue Kita-Trägerschaften, die Ausgestaltung von Tagespflege u. v. m.

Trotz des seit 2013 bestehenden Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab einem Jahr sind verlässliche, gute Ganztagsangebote in Kitas nach wie vor Mangelware.

Die LINKE tritt ein für

- öffentlich geförderte Kitaplätze für alle Kinder, deren Eltern das wünschen
- den Ausbau von U3-Plätzen in Kitas entsprechend den Wünschen der Eltern, um die Betreuungsquote trotz steigender Geburtenzahlen zu erhöhen,
- ausreichend öffentlich geförderte Kitaplätze insbesondere in kommunaler Trägerschaft
- einen Rechtsanspruch des Kindes auf Tagesbetreuung unabhängig vom Erwerbstatus der Eltern; dem Elternwunsch ist möglichst zu entsprechen; erwerbslose Familien systematisch auf 25-Std.-Plätze oder ans Ende der Wartelisten in Kitas und Tagespflege zu verweisen, ist keine Lösung,

Tagespflege

Die Tagespflege verkommt auch in Waltrop zu einer „Billiglösung“, wenn neue Kitas zu teuer oder wegen fehlender Grundstücke nicht realisierbar sind. Für die Tagesmütter und -väter stellt Tagespflege häufig eine unterbezahlte, selbstständige und wenig zukunftsplanbare Arbeit dar.

Die LINKE setzt sich vor Ort ein für

- den Ausbau von wohnortnahen Kitaplätzen und von Tagespflegeplätzen entsprechend den Elternwünschen,
- die Anhebung von Vergütung in der Tagespflege sowie den verbindlichen Einsatz von Fachkräften in Großtagespflegen,
- die Anhebung von 20 auf 30 bezahlten Urlaubstagen
- die Erhöhung des Betriebskostenzuschusses
- den erheblichen Ausbau der Qualifikation von Tageseltern und die Verbesserung der fachlichen Begleitung der Tageseltern durch das Jugendamt und örtliche Träger,

Wir LINKE setzen uns ein für eine verbesserte Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung durch den Ausbau der Kitas, Tagespflege und Ganztageschulen. DIE LINKE vor Ort kämpft für einen Sozialpass, damit künftig mehr Familien und Alleinerziehende mit ihren Kindern günstigere Eintrittspreise in vielerlei Einrichtungen in Anspruch nehmen können.

10. Wirtschafts- und Finanzpolitik

DIE LINKE WALTROP steht für einen grundlegenden Wechsel in der kommunalen Wirtschafts- und Finanzpolitik, weil es so wie bisher nicht weitergehen kann.

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik, die wir wollen, ist

- Sozial
- Demokratisch
- antikapitalistisch

Worauf wir dabei setzen?

- eine alternative und ökologische Ökonomie
- am Gemeinwohl orientierte öffentliche Betriebe
- eine deutliche Ausweitung und Förderung von genossenschaftlichen Betrieben
- eine Entschuldung der Kommunen und eine Finanzausstattung, die die Kommunen nachhaltig handlungsfähig macht
- statt Verkauf öffentlichen Eigentums nur noch Nutzungsvergabe als Erbbaurecht (dauerhafte Einnahmen über Pachtgebühren)
- Stopp der Straßensanierungsbeiträge

Was das bringt?

- soziale Verhältnisse, die niemanden ausgrenzen
- eine Infrastruktur, die allen gleichermaßen zur Verfügung steht

Was muss dafür getan werden?

- Der Druck auf die Landes- und Bundespolitik muss deutlich erhöht werden.
- Stärkung der Waltroper Stadtwerke, Fortsetzung der erfolgreichen Rekommunalisierung in den Bereichen: Strom, Gas, Wasser.
- Hohe arbeitsrechtliche Standards müssen in allen kommunalen Unternehmen eingeführt werden.
- Die wirtschaftliche Betätigung kommunaler Betriebe muss ausgeweitet werden.

Waltrop ist aufgrund der vergangenen Politik in einer Abwärtsspirale aus Überschuldung, Abwanderung und sinkender Attraktivität gefangen. In Waltrop verfällt seit Jahren auf dramatische Weise die Infrastruktur. Unser Schwimmbad und auch unsere Bücherei sind dem Spardiktat zum Opfer gefallen oder werden nicht mehr ausreichend durch die Stadt finanziert. Seit langer Zeit wird der Ausbau eines attraktiven Radwegenetzes auf den St. Nimmerleinstag verschoben, über die Hebewerksbrücke müssen wir dort schon gar nicht sprechen. Unsere Innenstadt stirbt aus, Läden, die sich dort meist länger halten werden von Einzelhandelskonzerne geführt. Öffentliche Einrichtungen zunehmend mit der Lupe suchen muss.

Dass eine derart unverantwortliche Entwicklung überhaupt eintreten konnte, hat seine wesentliche Ursache in einer neoliberalen Politik, die seit vielen Jahren die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in den Kommunen dem Diktat des Marktes geopfert hat. Privatisierung, Deregulierung und insbesondere die den

öffentlichen Haushalten verordnete „Schuldenbremse“ haben zur Austrocknung der öffentlichen Finanzen geführt und den Kommunen jeglichen Spielraum für neue und notwendige Investitionen in allen öffentlichen Bereichen genommen.

Am 13. September DIE LINKE wählen.